

STADTRAT PEGNITZ

– Sitzungsprotokoll 2022 –

Der Stadtrat besteht aus dem ersten Bürgermeister und 24 Stadtratsmitgliedern

Ladung erfolgte ordnungsgemäß nach der Geschäftsordnung für den Stadtrat

11. Sitzung – 20. Juli

Anwesend

Erster Bürgermeister	Nierhoff, Wolfgang
Zweite Bürgermeisterin	Huber, Dr. Sandra
Stadträtin	Bauer, Susanne
Stadträtin	Birmeyer, Simone
Stadtrat	Dettenhöfer, Helmut
Stadtrat	Förster, Michael (ab 17:35 Uhr)
Stadtrat	Hümmer, Hans (ab 17:05 Uhr)
Stadtrat	Kurz, Walter
Stadtrat	Lindner-Fiedler, Heike
Stadträtin	Looshorn, Elvira
Stadtrat	Lothes, Karl
Stadträtin	Luppa, Daniela
Stadtrat	Moik, Alexander
Stadtrat	Rasch, Daniel
Stadtrat	Schorner, Jürgen
Stadträtin	Schrembs, Regina
Stadtrat	Spieler, Claus
Stadtrat	Vetterl, Manfred
Stadtrat	Vogel, Werner
Stadträtin	Wellhöfer, Christina
Ortssprecher	Schieder, Philipp (bis 18:30 Uhr)
Geschäftsleitung	Körber, Daniela (Protokollführerin)
Abteilungsleitung 3	Kohl, Manfred
Presse	Kerstin Götzke
10 Zuhörer	

Entschuldigt

Dritter Bürgermeister	Schmidt, Thomas
Stadtrat	Dippe, Dr. Rainer
Stadtrat	Lappat, Werner
Stadtrat	Winkelmaier, Oliver

Unentschuldigt

Stadtrat	Kotzbauer, Peter
----------	-------------------------

Öffentlicher Teil

Erster Bürgermeister Nierhoff begrüßt das Gremium und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. StRin Bauer erhebt Einwand gegen die Tagesordnung und stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Änderung der Tagesordnung. Sie möchte Das Thema zu den PV-Freiflächenanlagen vorziehen. Bürgermeister Nierhoff lässt über den Antrag abstimmen:

Beschluss Nr. 103a

Anwesend:	19	Abstimmung:	Ja	8
			Nein	11

TOP Ö5 sollte als TOP Ö1 behandelt werden.

Nachdem die Tagesordnung in der Fassung der Ladung bestehen bleibt, fährt Bürgermeister Nierhoff mit der Sitzung fort.

Vorhaben bezogener Bebauungsplan „Stellplatz für Wohnmobile und mobiles Wohnen Rosenhof“ und Änderung Flächennutzungsplan; Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit

Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und verweist m Anschluss auf den zu diesem Thema veröffentlichten Zeitungsartikel. Weiter führt er aus, dass ein solches Vorhaben schon länger in Pegnitz hätte kommen sollen und dass bei einer Anwohnerversammlung keine Vorbehalte geäußert wurden. Er fügt weiter hinzu, dass sich die Lage anbietet, da hier Synergien mit dem dortigen Gasthaus möglich sind. Im Anschluss bittet er um Wortmeldung.

StRin Bauer möchte wissen, ob es bisher Grünland war und weshalb dort Sondernutzung festgelegt ist. AbtL. Kohl erklärt, dass es sich um Grünland handelt und dass es durch das Bauleitplanverfahren zur Sondernutzung wird.

Zweite Bürgermeisterin Huber fragt nach, weshalb dieser Bereich als „landschaftsprägend“ eingestuft wurde und AbtL. Kohl berichtet, dass dies eine Festlegung aus dem Jahr 2000 ist und man nicht wisse, weshalb diese so getroffen wurde. Er verweist weiter auf das sich nun anschließende Bauleitplanverfahren, in dem sich die entsprechenden Stellen dann dazu äußern können.

StRin Bauer interessiert, ob es vieler Modellierungsarbeiten bedarf, da das Grundstück Hanglage hat. AbtL. Kohl verneint dies und Bürgermeister Nierhoff ergänzt, dass es kein so starkes Gefälle gibt, wo die Stellplätze hinkommen. Weiter fragt sie nach dem Begriff „Sonderbaufläche“ und AbtL. Kohl erklärt, dass dies ein Begriff aus dem Baugesetzbuch ist. StRin Bauer erkundigt sich nach der Stromerzeugung und ob diese auf dem Scheunendach installiert wird. AbtL. Kohl gibt zu bedenken, dass der Bauherr noch am Anfang des Verfahrens steht und man diese Idee aber als Anregung einbringen kann. Auch fragt StRin Bauer nach Ausgleichsmaßnahmen. AbtL. Kohl erklärt, dass es dort keine biotopgeschützten Hecken gibt und der Ausgleich später von der Größe des Eingriffs in die Fläche ist. Ein Ausgleich ist auch auf der Fläche selbst möglich, doch dies muss alles später festgesetzt werden. Weiter regt sie an, eine Fläche für Zelte einzuplanen, woraufhin AbtL. Kohl auf den Bauherren verweist.

StRin Lindner-Fiedler möchte wissen, was die Anwohner dazu sagen und Bürgermeister Nierhoff wiederholt, dass diese keine Einwände vorgebracht hätten.

StR Spieler hält die Anlage für eine Bereicherung, die man befürworten sollte. Auch StR Rasch sieht damit eine Bereicherung für Pegnitz, die das Angebot ergänzt und berichtet, dass der Bauherr keine Versiegelung von Flächen plane. StR Lothes berichtet, dass sich die SPD-Fraktion über das Projekt freut und damit ein langgehegter Wunsch in Erfüllung geht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

Beschluss Nr. 104

Anwesend:	19	Abstimmung:	Ja	19
			Nein	0

Für das Gebiet „Stellplatz für Wohnmobile und mobiles Wohnen Rosenhof“, umfassend die Fl.Nrn. 721, 2326, 2327, 2328/1, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333 und 2334, jeweils Gemarkung Buchau, ist ein Vorhaben bezogener Bebauungsplan nach §§ 2, 12 und 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen und der Flächennutzungsplan zu ändern.

Im Zuge des Bauleitplanverfahrens für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Stellplatz für Wohnmobile und mobiles Wohnen Rosenhof“ mit Änderung des Flächennutzungsplans ist auf der Grundlage der Planungskonzeption und der Projektbeschreibung vom 30.03.2022 die frühzeitige Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit durchzuführen.

Bebauungsplan „Trockau/Bärenloh“ - Änderung mit Deckblatt Nr. 1 **Billigungs- und Auslegungsbeschluss**

Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und ergänzt, dass man bei einem Vor-Ort-Termin mit den örtlichen Stadträten ein Grundstück gefunden hat und nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, bittet er um Abstimmung:

Beschluss Nr. 105

Anwesend:	19	Abstimmung:	Ja	19
			Nein	0

Der Bebauungsplan „Trockau/Bärenloh“ in der Fassung vom 31.05.1988 ist mit dem Deckblatt Nr. 1 in der Fassung vom 11.07.2022 zu ändern. Das Deckblatt Nr. 1 mit Begründung in der Fassung vom 11.07.2022 wird gebilligt. Es ist gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die betroffenen Träger öffentlicher Belange sind an dem Verfahren zu beteiligen.

Bebauungsplan „Katzstein“ – Änderung mit Deckblatt Nr. 6; **Satzungsbeschluss**

Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und bittet im Anschluss um Wortmeldungen.

StRin Bauer regt an, ein begrüntes Dach und die Installation einer PV-Anlage zu fordern.

Zweite Bürgermeisterin Huber fragt nach, ob man die geforderte Baumgröße erhöhen könnte, da Schatten ein wichtiges Element ist. AbtL. Kohl merkt an, dass die Untere Naturschutzbehörde diesbezüglich keine weiteren Forderungen gestellt hat, man aber mit dem Vorhabenträger sprechen könne. Zweite Bürgermeisterin Huber wünscht sich, dass künftig mehr Augenmerk auf solche Sachverhalte gelegt wird.

StRin Bauer bittet darum, die Spielplatzsatzung herumszuschicken und fragt nach, ob etwas errichtet werden muss. AbtL. Kohl verweist auf die Festlegungen aus der Satzung und dass die Details dann beim Bauantrag geklärt werden. StR Vetterl weist StRin Bauer auf die Unterlagen der entsprechenden Sitzung hin. Die Satzung liegt dem Gremium vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

Beschluss Nr. 106

Anwesend:	19	Abstimmung:	Ja	19
			Nein	0

Der Bebauungsplan „Katzstein“ in der Fassung des Deckblattes Nr. 5 vom 05.12.2015 wird gemäß Deckblatt Nr. 6 mit Begründung in der Fassung vom 08.04.2022, ergänzt am 07.07.2022, geändert.
Das Deckblatt Nr.6 mit Begründung in der Fassung vom 08.04.2022, ergänzt am 07.07.2022, wird gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Während der Beratungen zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt betritt StR Förster um 17:35 Uhr den Sitzungssaal.

Bebauungsplan „Katzstein“ - Änderung mit Deckblatt Nr. 7 **Billigungs- und Auslegungsbeschluss**

Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und bittet im Anschluss um Wortmeldungen.

StRin Schrembs plädiert für die Umsetzung des Spielplatzes mit 150 m² für die Familien in der Wohnanlage. 900 m zum nächsten Spielplatz sind zu weit. Man müsse auch Luft schnappen können. Sie möchte keine Ablösung. StR Schorner schließt sich dem an und ergänzt, dass es auch um kurzfristige Nutzung gehe.

StRin Bauer fragt nach der feien Fläche, wo früher Bäume standen und ob diese nachgepflanzt werden. Sie hält diesen Platz auch für einen guten Spielplatz, da es eben ist. Der alte Spielplatz war nicht frequentiert, da es nur noch ein Katzenklo war.

StR Spieler fragt das Gremium, wovon man bei der Pflege ausgeht und ob dies durch den Bauhof geschehen soll. StRin Schrembs nennt den Bauhof bzw. den dortigen Hausmeister. Weiter führt sie aus, dass es hier nur noch um Geld gehe. Es geht hier um Kinder und diese brauchen Möglichkeiten, um sich zu betätigen. Sie kann es nicht mehr hören und StR Schorner merkt an, dass die Pflege kein Argument sein kann.

StR Lothes begrüßt die Installation eines kleinen Spielplatzes.

StR Spieler ergänzt, dass man natürlich Spielplätze braucht, aber auch einmal Farbe bekannt werden muss, wofür man Geld ausgibt.

Zweite Bürgermeisterin Huber findet es vor allem in diesem Gebiet wichtig, da man dort keinen eigenen Garten hat.

StRin Schrembs erklärt, dass in Horlach die Bürger selbst den Spielplatz mähen und dies ginge doch auch in der Wohnanlage. Nur die Spielgeräteüberwachung muss durch einen Fachmann erfolgen.

AbtL. Kohl erklärt, dass man den Antrag so wie gestellt vorbereitet hat und weist darauf hin, dass der Spielplatz auf städtischem Grund lag und dieser verkauft wurde. Wenn das Gremium den Spielplatz behalten möchte, kann man mit dem Besitzer sprechen. Es könnte an anderer Stelle einen Spielplatz schaffen. StR Vetterl ergänzt, dass bei Verkauf später eine Teilungserklärung aufgenommen werden sollte.

StRin Schrembs stellt nachdem Bürgermeister Nierhoff vorgeschlagen hat, den Beschlussvorschlag zu ändern fest, dass der Besitzer mit den Garagen rechnet. Bürgermeister Nierhoff bestätigt dies und verweist auf den vorhergehenden Beschluss. StR Vetterl merkt an, dass es das Wohnprojekt damals noch nicht gab. AbtL. Kohl erläutert daraufhin die Unterschiede zwischen Deckblatt 6 und 7 des Bebauungsplans und dass man hier von unterschiedlichen Projekten spricht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

Beschluss Nr. 107

Anwesend:	20	Abstimmung:	Ja	20
			Nein	0

Der Bebauungsplan „Katzstein“ in der Fassung des Deckblattes Nr. 6 vom 08.04.2022 ist mit dem Deckblatt Nr. 7 in der Fassung vom 11.07.2022 zu ändern.

Das Deckblatt Nr. 7 mit Begründung in der Fassung vom 11.07.2022 wird gebilligt. Es ist gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die betroffenen Träger öffentlicher Belange sind an dem Verfahren zu beteiligen.

Freiflächen-PV-Anlagen im Gebiet der Stadt Pegnitz; Grundsatzbeschluss

Bürgermeister Nierhoff trägt den Sachverhalt vor und ergänzt, dass im Beschluss alles steht, was man will. Die Welt habe sich verändert, aber man will nicht, dass auf jeder freien Fläche etwas gebaut wird. Mit diesem Beschluss können später nur solche Flächen genutzt werden, die vom Gremium als sinnvoll erachtet werden. Es ist dieselbe Intention wie bereits am 17.11.2021. Es soll kein schnelles Veräußern von Flächen erfolgen und auch kein Wildwuchs entstehen, sondern sinnvolle Flächen gesucht werden, wie Bahntrassen, nahe Autobahn und keine landwirtschaftlichen Flächen. Es soll mit diesem Beschluss ein Konzept erstellt werden. An dieser Stelle begrüßt Bürgermeister Nierhoff die anwesenden Mitglieder des Klimabeirats, die den Katalog ausgearbeitet haben und bittet Herrn Braun um einen kurzen Sachvortrag.

Herr Braun erläutert, dass es vorher intensive interne Beratungen gab und man sich Mühe gegeben hat. Man hat Fachliteratur gelesen und das war nicht so einfach. Es gab auch kontroverse Diskussionen und es haben sich drei wesentliche Punkte herauskristallisiert. Zum einen sollen vorrangig bereits versiegelte Flächen genutzt werden. Auch auf der grünen Wiese ist es notwendig, aber hier muss man die Priorität auf wenig genutzte Flächen legen. Weiter legt der Klimabeirat eine frühe Bürgerbeteiligung ans Herz.

Bürgermeister Nierhoff bedankt sich für die Ausarbeitung, die sich auch mit den Ideen der Verwaltung deckt. Man hat schließlich nicht unendlich Flächen zur Verfügung. Er betont, dass man Wert auf die Expertise des Beirats legt. Weiter führt er aus, dass letzte Jahr schon Anträge abgelehnt wurden, da sie für Bürger nicht tragbar waren. Die Verwaltung will für die Bürger Sorge tragen. Im Anschluss bittet er um Wortmeldungen.

StRin Bauer dankt dem Klimabeirat für seine Arbeit und begrüßt den Kriterienkatalog. Sie weist auf die Sitzungen des Beirats hin und merkt an, dass es sich lohnt, beizuwohnen. Für sie wäre eine Bürgergenossenschaft zu begrüßen und dazu ergänzt, dass sich BayTec gegründet hat und diese könnten evtl. als Projektierer eingesetzt werden. Man sollte die Wertschöpfung in der Kommune lassen. Weiter merkt sie an, dass es im Vorfeld große Sorgen bzgl. Ausgleichsflächen gab, aber nach ihrer Recherche sind ein Drittel bis ein Viertel der Flächen dafür nötig und evtl. sogar unter den Modulen eine Option.

StR Spieler hofft, dass die Bundespolitik bei Ihrer Richtung bleibt und ergänzt, dass Freiflächenanlagen in Konkurrenz zu landwirtschaftlichen Flächen stehen. Weiter lobt er den Beirat für den gut ausgearbeiteten Katalog mit dem Hinweis, dass dieser sehr wohl in der Lage ist, komplexe Themen zu bearbeiten. Er bittet jedoch darum, eine Flächenbegrenzung vorzusehen, denn sonst heißt es „Feuer frei“. Er denkt dabei an z.B. 15 Hektar.

StR Förster sieht kein „Feuer frei“, da das Konzept drei Stufen vorsieht und zwar der Kriterienkatalog, dann die Flächensuche und im Anschluss hat das Gremium die Möglichkeit zu entscheiden ob und welche Flächen. Dann wird erst ein Bauleitverfahren eingeleitet, bei dem immer noch ein Veto möglich ist. Er hält den Vorschlag für ein ausgewogenes Konzept und ergänzt, dass der Beirat sehr gut gearbeitet hat.

StRin Schrembs richtet Lob und Dank an den Beirat und fügt hinzu, dass ihrer Fraktion wichtig ist, dass das Gremium die endgültige Entscheidung trifft.

StR Lothes bedankt sich, dass das Thema auf der Tagesordnung steht und dass der Klimabeirat so gut gearbeitet hat. An StR Spieler gerichtet erwidert er, dass er nie sagte, dass der Beirat nicht in der Lage sei, den Antrag der FW/FWG zu bearbeiten. Er wollte es dem Beirat nicht zumuten. Weiter führt er aus, dass die SPD nicht nur den Energieaspekt sieht, sondern auch Umweltgründe wichtig sind. Er dankt dem Beirat für die gelungene Arbeit.

StR Vetterl möchte den Gedanken seiner Vorredner aufnehmen und merkt an, dass ihm der Agrarpunkt nicht weit genug geht, da Flächen mit niedrigem Ertragswert fast überall vorkommen. Er würde es schärfer formulieren und Flächen, die zur Futter- und Lebensmittelproduktion genutzt werden ausschließen.

StRin Bauer kann die Argumente bzgl. Nahrungsmittelproduktion nachvollziehen. Man könnte davon absehen, Ertragswerte zu benennen, da über die einzelnen Flächen ohnehin nochmals entschieden wird. Sie informiert darüber, dass bald auch ein Paket zu Agrar-PV kommen soll.

StR Vetterl argumentiert, dass man jedes Gramm Futtermittel und Nahrungsmittel benötigt. Seiner Kenntnis nach ist eine Bewirtschaftung unter PV-Anlagen nie möglich.

StR Spieler weist darauf hin, dass viele Flächen gepachtet sind und den Besitzern ist es egal, was dort passiert. Für die Pacht erhält man evtl. 200 € bis 300 €, bei einer PV-Anlage 3.000 €/ha. Dadurch entsteht ein Verdrängungswettbewerb und er richtet einen dringenden Appell an das Gremium, eine Grenze einzuziehen.

StR Rasch berichtet, dass es auch vertikale PV-Anlagen gibt, um z.B. Gras zu belassen. Für ihn macht eine Begrenzung keinen Sinn.

StR Schorner ergänzt, dass es viele Möglichkeiten gibt und dass wegen unserer Flächen keiner verhungert.

Für StR Förster ist der Beschlussvorschlag klar und auch, dass es fehlt, dass die Flächenvorschläge nochmals dem Gremium vorgelegt werden. Er würde den Vorschlag dahingehend ergänzen.

Ortssprecher Schieder merkt an, dass er Agro-PV für nicht bewirtschaftbar hält, da man dort nicht mit den gängigen Maschinen arbeiten kann. StRin Bauer erwidert, dass es gute Konzepte mit hoher Aufständigung gibt wie z.B. Tubesolar. Sie appelliert, dass wenn man nichts gegen die Klimakrise tut, noch mehr Menschen verhungern.

Bürgermeister Nierhoff legt Wert darauf, dass man genau das, was heute diskutiert wurde bereits im November wollte. Er will keinen Wildwuchs und wenn gewünscht, kann ergänzt werden, dass die Flächen wieder vorgelegt werden.

StR Spieler dankt StR Förster für den Vorschlag und StR Vetterl entgegnet, dass es im Gesetz steht, dass darüber Beschluss zu fassen ist. StR Förster meinte das Flächenkonzept. Bürgermeister Nierhoff merkt an, dass dies selbstverständlich wäre, er den Beschluss aber ergänzt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

Beschluss Nr. 108

Anwesend:	20	Abstimmung:	Ja	20
			Nein	0

Als Grundlage und zur Steuerung für die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen im Gebiet der Stadt Pegnitz ist unter Berücksichtigung des vom Klimaschutzbeirat ausgearbeiteten Kriterienkatalogs sowie der Leitlinien des Regionalen Planungsverbandes Oberfranken-Ost ein städtebauliches Standortkonzept mit kartografischer Darstellung der Potenzialflächen zu erarbeiten. Dieses ist dem Stadtrat im Anschluss vorzulegen.

Vor den Beratungen zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt verlässt Ortssprecher Schieder die Sitzung um 18:30 Uhr.

Während der Beratungen zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt verlässt StRin Wellhöfer die Sitzung um 19:00 Uhr, StR Moik und StRin Luppä verlassen die Sitzung um 20:00 Uhr.

Während der Beratungen zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt verlassen folgende Mitglieder den Sitzungssaal:

StR Kurz von 18:25 Uhr bis 18:30 Uhr
StRin Lindner-Fiedler von 18:39 Uhr bis 18:41 Uhr
StR Spieler von 19:39 Uhr bis 19:41 Uhr
StR Hümmel von 19:41 Uhr bis 19:44 Uhr
StR Kurz von 19:44 Uhr bis 19:45 Uhr
StR Vetterl von 20:03 Uhr bis 20:05 Uhr

Vorstellung des Zukunftskonzeptes CabrioSol; Konzeptvarianten und Tarifstruktur

Bürgermeister Nierhoff erläutert, dass es bzgl. der Tarifstruktur heute um keinen Beschluss geht. Das Thema CabrioSol ist ein großer Sorgenfaktor und es gab Workshops mit dem Gremium. Heute soll das Konzept vorgestellt werden, auch wenn die Ereignisse der letzten Monate uns zu überrennen scheinen und weitere kurzfristige Einsparungen nötig werden könnten. Unterm Strich ging man beim Bau des Bades von anderen Voraussetzungen aus, nämlich 180.000 zahlende Besucher, doch der tatsächliche Höchststand waren in einem Jahr 160.000 Besucher, von denen nicht alle zahlende Gäste waren. Im Anschluss übergibt er an Herrn Löw, der das Zukunftskonzept vorstellen wird.

Herr Löw trägt das Zukunftskonzept anhand einer PowerPoint Präsentation vor und weist darauf hin, dass man sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt hat. Heute braucht es eine grundsätzliche strategische Entscheidung, wobei sich in den Workshops bereits alle einig waren, dass das Bad erhalten bleiben soll. Im Anschluss bittet Bürgermeister Nierhoff um Wortmeldungen.

StRin Schrembs dankt für die Ausarbeitung und fährt damit fort, dass ihre Fraktion nach wie vor der Meinung ist, dass das CabrioSol ein Familienbad ist. Dies will man beibehalten und dazu zitiert sie eine Pegnitzer Seniorin, die mitgeteilt hat, dass die Nutzung des Solebeckens gerne auch durch Kinder etc. erfolgen kann. Weiter erläutert StRin Schrembs, dass man die aktuelle Wirtschaftlichkeit verbessern muss, wozu man einen Werkleiter und eine Angebotsoptimierung benötigt. Die Idee ist, dass man innerhalb eines Radius von 60 km einen Wettbewerbsvorteil generiert, indem man für 5 € Eintritt mehr bekommt, als woanders. Weiter benötigt man eine vereinfachte und transparente Preisgestaltung sowie die Beibehaltung des Ferientarifs. Auch das Solebecken muss im Preis integriert werden. Durch die einfache Preisgestaltung können Kassenautomaten eingesetzt werden und damit auch eine einfachere Abrechnung und Buchhaltung. Der niedrige Preis macht Gelegenheitsgäste zu Dauergästen. Zudem wünscht sich die Fraktion bessere Werbung für das Bad und ein Ende der schlechten Presse. Es braucht z.B. gezielte Werbemaßnahmen an Schulen für z.B. einen kostenlosen ersten und letzten Ferientag. Auch ein Tag der offenen Tür und die Steigerung der Präsenz in sozialen Medien oder ein online Podcast mit Gästen wären sinnvoll. Neben diesen Vorschlägen plädiert StRin Schrembs für eine neue Außengestaltung des Bades, wobei vor allem Bäume, die Schatten spenden und Hecken, die Privatsphäre geben im Fokus stehen sollen. Eine Öffnung ab 10 Uhr hält die Fraktion für möglich. Man bleibt beim ursprünglichen Antrag, das Bad zu erhalten wie es ist und die nächsten 24 Monate abzuwarten.

Herr Löw erklärt, dass ihm alle Anregungen bekannt sind und man sich natürlich damit auseinandergesetzt hat. Leider konnte er keine Wirtschaftlichkeit dieses Vorschlags errechnen. 5 € Eintritt sind laut Herrn Löw attraktiv, aber dies wäre ein Drittel weniger, als in Oberrhein und das passt nicht zum Angebot. In Pegnitz hat man ein Kombibad gebaut und kein reines Hallen- oder Freibad. Er versteht, dass man mehr Besucher locken will, aber dies geht seiner Expertise nach nicht über den Preis. Ein Veganer kauft auch kein Schnitzel, wenn es zum halben Preis angeboten wird. Dem Bad fehlt nach Aussage von Herrn Löw ein Freizeitbecken im Winter und ja, es gibt kulante Senioren, aber auch sehr viele Beschwerden.

StRin Schrembs merkt weiter an, dass ein Rückbau im Konzept steht und damit ist sie nicht einverstanden. Herr Löw erklärt, dass dies nur eine Möglichkeit darstellt und nicht gesetzt ist. Aktuell besteht hierfür kein Anlass im Springer- oder Solebecken. Diese sind sehr beliebt, aber irgendwann ggf. sehr kostenintensiv.

StR Spieler fand die Workshops konstruktiv und seine Fraktion hat Vorschläge unterbreitet. Nachbargemeinden machen es vor, wie man mit weniger Defizit betreibt. Er gibt zu, dass ein Rückbau teuer ist, aber diese Investition spielt sich wieder rein und das vorgelegte Konzept ist für ihn sinnvoll. Seiner Einschätzung nach braucht man einen Neustart. Er weist darauf hin, dass Freibäder in der Nachbarschaft mit 6 Vollzeitäquivalenten auskommen und nicht wie in der Präsentation dargestellt 25 VZÄ benötigen. In seinen Augen wurde Vorschlag C unrentabel gerechnet, da er nicht gewollt ist, doch die Idee, Gastro von außen und die Sauna zugänglich zu machen hält er für wichtig.

Herr Löw gibt StR Spieler recht, dass Variante C mit 25 VZÄ im Freibadbetrieb etwas hoch angesetzt ist, er aber von Wechselbetrieb ausgeht. Als Beispiel nennt er das Bad in Pfaffenhofen und StR Hümmer möchte hierzu genauere Zahlen haben. Herr Löw kann dies nicht aus dem Stegreif sagen und verspricht diese nachzuliefern. Weiter hängt es aber laut Herrn Löw auch davon ab, was die Mitarbeiter tun sollen; in Pegnitz gibt es z.B. viel Fläche zu reinigen.

StR Spieler hält die laufenden Kosten für enorm und fragt, wo man mit Variante B hinwill und was man sich als Stadt Pegnitz leisten kann. Herr Löw gibt zu, dass diese Variante nicht der große Wurf ist, dies aber in den Klausurtagungen auch so nicht besprochen wurde. Er verwehrt sich gegen die Aussage, dass Variante C schlechter gerechnet wurde. Es geht darum, wie man sich positioniert als Freibad und Hallenbad. StR Spieler merkt an, dass wenn 3 – 6 Mio. € für die Aufteilung des Bades angesetzt werden, dann müssen die Investments, die in den anderen Varianten angesetzt sind, in Abzug gebracht werden. StR Vetterl merkt an, dass man doch die Belegschaft nicht dauernd entlassen könne, je nach Betrieb. Dem entgegnet StR Spieler, dass das Hallenbad mit zwei Leuten betrieben wurde und StR Vetterl wendet ein, dass dies doch heute kein Vergleich mehr ist.

Herr Löw erklärt, dass man keine Form eines Bades gefunden hat, die für die nächsten 5 – 10 Jahre eine Perspektive bietet. Er findet die Grundidee des Wechselbetriebs gut, aber nach den bisher getätigten Investitionen für das Ganzjahresbad hält er es nicht für möglich. Dies wäre für ein 10 Jahre altes Bad nicht wirtschaftlich.

StRin Birnmeyer erläutert, dass der Konsens war, das Bad zu erhalten und ihrer Ansicht nach hat noch nicht jeder den Ernst der Lage verstanden. Viele Bäder wurden schon geschlossen. Weiter führt sie aus, dass es schon lange nicht mehr einen so umfangreichen Prozess gegeben hat, aber sie sieht nicht, dass man das hier vorgestellte Konzept je realisieren wird. Für die ist es essenziell, dass das Bad geöffnet bleibt und dafür muss man sich fragen, was unbedingt nötig ist und was man sich leisten kann. Sie fragt sich, ob es realistisch ist, dass man nur noch den Innenbereich offenlässt. Laut StRin Birnmeyer müssen unbequeme Entscheidungen getroffen werden und sie dankt für die Arbeit, ihrer Meinung nach macht die Zeitenwende jedoch ein anderes Denken nötig.

StRin Bauer will auch das Bad erhalten, sieht aber auch, dass man sich die vielen Bereiche nicht leisten kann. Für sie ist wichtig, dass das Schwimmen weiter möglich bleibt. Sie bedauert reduzierte Öffnungszeiten, sieht aber auch keine andere Möglichkeit. Sie sieht nicht, dass jetzt etwas überstürzt werden muss. Ihr ist die soziale Komponente wichtig und sie hält Tarifmodell 2 für gut und sozialverträglich. Ihre Fraktion kann nicht nachvollziehen, dass im Modell der CSU auf Ermäßigung verzichtet wird. Sie fragt weiter nach, ob man die Öffnungszeiten der Sauna verschieben sollte und Herr Poppek erklärt, dass dies geprüft wurde und die Sauna nicht genutzt wird. Weiter möchte sie wissen, wie die Bewerberlage aussieht und Bürgermeister Nierhoff erklärt, dass man die Ausschreibung evtl. optimieren muss und energetische Anforderungen mit aufnimmt.

Zweite Bürgermeisterin Huber möchte einordnen, worüber hier gesprochen wird. Klar ist, dass man den Einsparungsverpflichtungen nicht nachgekommen ist, so wurde z.B. auch keine Preiserhöhung bisher vorgenommen. Fakt ist, dass man keine Investments tätigen kann. Sie hält den Vorschlag der CSU für mehr Besucher für Wunschdenken, da sich nach ausführlicher Recherche herausgestellt hat, dass nicht mehr Besucherpotenzial vorhanden ist. Für sie geht man mit dem Konzept in die richtige Richtung. Man muss jetzt noch eine Preiserhöhung durchführen und der Vorschlag ist im Rahmen. Wenn dies nicht geschieht, dann sieht sie es kommen, dass man den Laden komplett gegen die Wand fährt.

Herr Löw betont erneut, dass er hier keinen falschen Eindruck erwecken will. Er hat sich intensiv mit allen Vorschlägen befasst und er hat kein Interesse daran, bestimmte Vorschläge schlecht zu machen. Er gibt zu bedenken, dass man bei 5 € weniger zahlen würde, als in Auerbach und da fehlt ihm die Wertschätzung des Angebots im CabrioSol.

StR Rasch merkt an, dass man 2017 bei 5,50 € lag und mit der bisher niedrigen Inflation, der Tarifierhöhung und den Energiekosten etc. braucht man für den Vorschlag der CSU 250.000 Besucher.

StRin Schrems erklärt StRin Bauer, dass man keine Ermäßigung plant, da ohnehin alle nur 5 € zahlen.

StR Dettenhöfer gibt zu bedenken, dass Herr Löw nicht weiß, wie sich der Vorschlag seiner Fraktion auswirkt und wenn man sich nicht traut, dann passiert nichts.

StR Förster hält die Grundidee der CSU grundsätzlich für gut, ihm fehlt jedoch die mathematische Herleitung. Für ihn fußt das Konzept auf dem Prinzip Hoffnung. Er warnt davor, dass man sich schon einmal verkalkuliert hat und wenn man die aktuelle Inflation berücksichtigt, muss man mindestens 7,50 € verlangen. Er ist eher für einen konservativen Schritt mit kleinen Änderungen, die damit griffiger ist, als eine Idee, die nicht validiert werden kann.

StR Rasch ist der Ansicht, dass wenn man nicht weiß, wohin uns 5 € bringen, dann weiß man auch nicht, wohin 8,50 € führen.

StRin Birnmeyer hält eine Dauerkarte für eine gute Idee und dieses Prinzip sollte durchdacht werden, ob nicht zu günstig kalkuliert wurde. Hier geht es um Besucherbindung. Bei einer Dauerkarte gibt es keine Überlegung, wohin man geht; man geht nach Pegnitz. Laut Herrn Löw ist das Missverhältnis Jahreskarte und Einzeleintritt schwierig. Es ist eher unrealistisch 750 Karten an Leute zu verkaufen, die mindestens 75-mal ins Bad gehen. Weiter ist das Problem von Jahreskarten, dass die Kapazitäten im Hallenbad im Gegensatz zum Freibad beschränkt sind. Bei den genannten Zahlen hat man Probleme im Betrieb. Die Bäder, die solche Karten ausgeben, setzen dies preislich so hoch an, dass nicht viele solche Karten kaufen.

StR Hümmer bezweifelt, dass eine Tarifierhöhung die Personen ausgleicht, die dadurch nicht mehr kommen. In Auerbach sind mehr Pegnitzer im Bad, als in Pegnitz. Seiner Ansicht nach müssen die Kosten radikal verändert werden und die Preise attraktiver werden, damit Erfolg eintritt. Herr Löw entgegnet, dass man auch mal den Mut braucht, für die Leistung einen adäquaten Preis zu verlangen. StR Hümmer erklärt, dass wenn der Wasserpreis steigt, der Verbrauch zurückgeht und die Mehreinnahmen aufgefressen werden. Man müsse sich überlegen, ob das vorgelegte Konzept in der heutigen Zeit zur Stabilisierung des Defizits beiträgt. Herr Löw kann nachvollziehen, was gesagt wird, aber auch Konzept C bringt ein Defizit, da auch hier die Kosten steigen und das Konzept der CSU passt für ihn bzgl. der Relationen nicht.

StR Rasch rechnet vor, dass wenn man die Fahrtkosten nach Auerbach auf den Eintrittspreis aufschlägt, dann ist es teurer, doch so weit denken manche nicht.

StR Spieler gibt zu, dass auch der Vorschlag seiner Fraktion Zahlen vermissen lässt, dies aber auch für B stimmt. StR Förster entgegnet, dass die Zahlen drinstehen. StR Spieler erläutert, dass die AfA keine Relevanz hat, die Investitionen nicht berücksichtigt wird und 25 VZÄ nicht haltbar sind. Weiter fehlt ihm immer noch der Rechtsrahmen. Bürgermeister Nierhoff fragt AbtL. Tennert nach dem Sachstand und diese erklärt, dass sich der Verantwortliche Bearbeiter bei Rödl und Partner im Krankenstand befindet.

StR Vetterl führt aus, dass die Freie Marktwirtschaft eindeutig ist: entweder man hat die bessere Leistung oder man muss günstiger werden. Es funktioniert nie, die gleiche Leistung mit höheren Preisen zu verkaufen. Ob die Konzepte richtig sind, weiß keiner, dies wäre Kaffeesatzlesen. Herr Löw erklärt, dass man sich bei einem Bad im stark subventionierten Bereich findet, weshalb die Freie Marktwirtschaft hier nicht als Vergleich dienen kann. Er weist darauf hin, dass in Variante A auch keine Angebotseinschränkung stattfindet.

StR Kurz ist der Meinung, dass man mehr Besucher braucht. Er hat die Idee, dass man an Firmen herantritt und diese dazu bringt, Sachbezüge an ihre Mitarbeiter auszugeben in Form von Eintritt in das CabrioSol. Wenn für nur 1.000 Beschäftigte der gesetzliche Höchstbetrag ausgegeben wird, generiert dies 240.000 € an Mehreinnahmen. Man muss die Firmen dafür sensibilisieren und dies trägt auch zur Standortattraktivität bei. Herr Löw hält dies für einen sehr guten Ansatz, der unabhängig von der Variante möglich ist.

StRin Lindner-Fiedler merkt an, dass Variante C nicht für die nächsten 5 Jahre gedacht ist und auch nicht von heute auf morgen umsetzbar ist. Da aber das Stadion nicht mehr ewig bleibt, braucht man dafür eine Nachnutzung. Herr Löw schließt C nicht aus, kann diese Variante aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht empfehlen.

StR Förster hält eine Ergebnisverbesserung für evtl. möglich, den großen Wurf sieht er nicht. Wenn das Konzept der Freien Wähler verfolgt wird und die Rechtsaufsicht ihr OK gibt, dann sieht er eine Realisierung frühestens 2025. Er sieht auch den Handlungsdruck, jetzt aber tendiert er eher zu Variante B. Er würde aber gerne C weiterverfolgen.

StR Kurz sieht mit dem Ende des Eisstadions evtl. eine Indoorspielhalle.

StRin Birnmeyer würde unter normalen Umständen B zustimmen, es geht aber um ein Zukunftskonzept und das sieht sie nicht. Sie wird nicht zustimmen.

Bürgermeister Nierhoff sieht keine neuen Argumente mehr. Er weist darauf hin, dass viel Schweiß in die Ausarbeitung gesteckt und Konzept B erstellt wurde. Weiter muss man nun die Preise anheben. Nächste Woche muss dies vom Verwaltungsrat beschlossen werden. Was noch auf die Stadt zukommt weiß man leider nicht und Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Bürgermeister Nierhoff um Abstimmung:

Beschluss Nr. 109

Anwesend:	17	Abstimmung:	Ja	9
			Nein	8

Im Rahmen des Zukunftskonzeptes CabrioSol fällt die Entscheidung für die Konzeptvariante B (spezialisiertes Kombibad). Es ergeht zudem die Empfehlung an den Verwaltungsrat des Dienstleistungsunternehmens der Stadt Pegnitz, den Tarifvorschlag 2 in einer entsprechenden Tarifsatzung umzusetzen.

Vor den Beratungen zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt verlässt StR Dettenhöfer die Sitzung um 20:14 Uhr.

Bekanntgaben und Anfragen

Marktplatzfest

Bürgermeister Nierhoff weist auf das bevorstehende Marktplatzfest hin.

Integrationsmanagement

StRin Bauer wünscht sich, dass man die Stelle für Integrationsmanagement ausschreibt, da der Haushalt genehmigt ist. Bürgermeister Nierhoff erklärt, dass diese Genehmigung noch nicht vorliegt.

Austauschrunde für Geflüchtete

StRin Bauer dank dem Bürgermeister für die Organisation der Austauschrunde für Geflüchtete.

Jugendrat

StRin Bauer freut sich, dass die Wahl für den Jugendrat wieder stattfindet und bittet darum, auch die Stelle des Jugendpflegers wieder auszuscheiden.

Offene Anträge

StRin Bauer fragt nach dem Sachstand der offenen Anträge und AbtL. Kohl gibt an, dass man mit dem Schlossbergkonzept im August bzw. September weitermacht.

Bauplätze in Horlach

StRin Bauer möchte wissen, ob aufgrund gestiegener Baupreise Grundstücke in Horlach zurückgegeben wurden. AbtL. Kohl hat auch schon davon gehört, kann aber mitteilen, dass dem nicht so ist.

Gewerbesteuer

StRin Bauer bittet darum, die Gewerbesteuereinnahmen für die Gremiumsmitglieder offenzulegen.

Grundsteuer

StRin Bauer möchte wissen, ob die Änderungen in der Grundsteuer mit viel Aufwand für die Verwaltung verbunden sind. AbtL. Beck erklärt, dass auch die Stadt die Formulare ausfüllen muss und zusätzlich viele Anfragen der Bürger eingehen.

Nachtragshaushalt

StR Spieler fragt nach, bis wann man mit der Genehmigung des Nachtragshaushalts rechnet und AbtL. Beck gibt an, dass sie auf nächste Woche setzt.

Plakatierverordnung

StR Spieler möchte wissen, bis wann die Plakatierverordnung vorgelegt wird. GLin Körber hofft, bis August damit fertig zu sein.

Feuerwehrbedarfsplan

StR Spieler erkundigt sich nach dem Sachstand zum Feuerwehrbedarfsplan. Es hieß mal 3 Monate. Bürgermeister Nierhoff entgegnet, dass er vorgelegt wird, wenn er fertig ist. StR Spieler äußert, dass man es Hainbronn und Büchenbach schuldig ist und Bürgermeister Nierhoff weist darauf hin, dass er diese Argumentation nicht gelten lässt. Die Wehren sind informiert und mehr kann er im Augenblick nicht sagen.

Prüfungsverband

StR Hümmer erläutert, dass man beschlossen hat, dass man den Prüfungsverband bzgl. der Versäumnisse befragt weshalb man Millionen nicht bekommen hat.

Jugendbeirat

Zweite Bürgermeisterin Huber ruft dazu auf, Jugendliche für die Wahl zum Jugendbeirat zu sensibilisieren. Es gibt spannende Themen zum Mitarbeiten.

Bürgermeister Nierhoff dankt abschließend Herrn Löw und Herrn Poppek für die Arbeit am Zukunftskonzept.

Bürgermeister Nierhoff schließt um 20:18 Uhr die öffentliche Sitzung.

Pegnitz, 25.07.2022

Die Protokollführerin:



Körber
Geschäftsleitung

Der Vorsitzende:



Wolfgang Nierhoff